



HESSISCHER LANDTAG

19. 01. 2012

*Dem
Sozialpolitischen Ausschuss
überwiesen*

**Antrag
der Fraktionen der CDU, der SPD, der FDP
und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
betreffend Bodenverkehrsdienste am Flughafen Frankfurt -
Qualität und Sicherheit der Bodenverkehrsdienste haben
höchste Priorität**

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag stellt fest, dass am Flughafen Frankfurt die gegenwärtig bestehenden Geschäfts- und Organisationsformen der Bodenverkehrsdienste gut geeignet sind, die gestellten Anforderungen zu erfüllen. Diese sind durch die Kapazitätserweiterung und durch das aktuelle Nachtflugverbot weiter gestiegen, sodass durchgängig eine sehr hohe Qualität gefordert ist und die bisherige Regelung unverändert beibehalten werden sollte.
2. Der Landtag stellt fest, dass die mit der bisherigen Richtlinie über den "Zugang zum Markt der Bodenabfertigungsdienste auf den Flughäfen der Gemeinschaft" (RL 96/67/EG) und deren Umsetzung in deutsches Recht (BADV) verbundenen Ziele der Öffnung des Marktes für BVD-Leistungen sowie insgesamt einer Kostenreduzierung für die Fluggesellschaften erreicht worden sind. Die jetzige Struktur der BVD am Flughafen Frankfurt gewährleistet Qualität, Verlässlichkeit und Sicherheit für Passagiere und Personal und sorgt für angemessene Arbeitsbedingungen der Beschäftigten.
3. Ein durch EU-Recht erzwungener Eingriff in die bestehenden Betriebsabläufe wäre deshalb kontraproduktiv. Die notwendige Präzision der Arbeitsabläufe am Flughafen Frankfurt ließe sich dann nicht mehr aufrechterhalten, wodurch ein erheblicher Schaden keineswegs nur für die Luftverkehrswirtschaft entstünde.
4. Der Landtag stellt ferner fest, dass eine grundsätzliche Öffnung des Marktzugangs zu Bodenverkehrsleistungen durch das Auftreten von Billiganbietern zu Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen und Arbeitslöhnen, zu hohen Personalfluktuationen und damit zugleich zu erheblichen Beeinträchtigungen der Sicherheitslage an den Flughäfen führen würde. Der Landtag ist der Auffassung, dass in einem so zentralen Kernbereich eines Flughafens wie den Bodenverkehrsdiensten Sicherheit und Qualität nicht verhandelbar sind.
5. Aus den vorgenannten Gründen wendet sich der Landtag daher ganz entschieden gegen die Pläne der EU-Kommission, die Bodenverkehrsdienste an den Flughäfen durch EU-Verordnung weiter zu deregulieren. Weiterhin fordert er die Landesregierung auf, ihre Möglichkeiten auszuschöpfen, um auf Bundes- und auch EU-Ebene gegen diese Pläne zu intervenieren.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Wiesbaden, 19. Januar 2012

Für die Fraktion der CDU
Der Parl. Geschäftsführer:
Bellino

Für die Fraktion der SPD
Der Parl. Geschäftsführer:
Rudolph

Für die Fraktion
der FDP
Der stv. Fraktionsvorsitzende:
Greilich

Für die Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Der Parl. Geschäftsführer:
Wagner (Taunus)